



Rat der
Europäischen Union

041846/EU XXVI.GP
Eingelangt am 09/11/18

Brüssel, den 28. Juni 2018
(OR. en)

10007/18
PV CONS 33
TRANS 262
TELECOM 179
ENER 232

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Verkehr, Telekommunikation und Energie)
7., 8. und 11. Juni 2018

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 4

VERKEHR

Beratungen über Gesetzgebungsakte

Luftverkehr

2. Verordnung zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr 4

Seeverkehr

3. Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen 4

Landverkehr

4. Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr..... 4

5. Mobilitätspaket I..... 5

- a) Richtlinie über elektronische Mautsysteme und Informationsaustausch
- b) Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von gemieteten Fahrzeugen
- c) Verordnung über die Zulassung zum Beruf
- d) Verordnung über den Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt
- e) Verordnung über Ruhezeiten und Fahrtenschreiber
- f) Richtlinie über die Durchsetzung von Sozialvorschriften und eine Lex Specialis zur Entsendung von Kraftfahrern

6. Mobilitätspaket II 5

- a) Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr
- b) Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über saubere und energieeffiziente Fahrzeuge

Sonstiges

7. a) Funktionsweise des Rahmens für fairen Wettbewerb im Luftfahrtsektor 6
- b) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag 6
- Mobilitätspaket III
- c) Aktionsplan über militärische Mobilität 6
- d) Informationen zum Stand der Umsetzung der EU-Strategie für den Radverkehr 6
- e) Folgemaßnahmen zur Erklärung von Amsterdam: Drittes Treffen des Hochrangigen Dialogs zum automatisierten und vernetzten Fahren (Göteborg, 18./19. Juni 2018) 6
- f) EU-Sommerzeitregelung..... 6
- g) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes 6

8. Annahme der Liste der A-Punkte 7
a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

TELEKOMMUNIKATION

Beratungen über Gesetzgebungsakte

9. Verordnung zum Rechtsakt zur Cybersicherheit 7
10. Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation 7
11. Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors 7

Sonstiges

12. a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 8
i) Regelungsrahmen
ii) Verordnung über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union
b) Digitaler Binnenmarkt
c) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

ENERGIE

Beratungen über Gesetzgebungsakte

13. Verordnung zur Gründung der ACER 9

Sonstiges

14. a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 9
Paket "Saubere Energie"
i) Verordnung über das Governance-System der Energieunion
ii) Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)
iii) Richtlinie zur Energieeffizienz
b) Jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen im Energiebereich
c) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll 10

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 9401/18 enthaltene Tagesordnung an.

VERKEHR

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Luftverkehr

**2. Verordnung zur Sicherstellung des Wettbewerbs im
Luftverkehr**



8224/18
10146/17

Allgemeine Ausrichtung

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr fest. Allgemeine Ausrichtung siehe Dokument 8224/18.

Seeverkehr

3. Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen



9011/1/18 REV 1
5454/18 + ADD 1

Allgemeine Ausrichtung

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Hafenauffangeinrichtungen fest. Allgemeine Ausrichtung siehe Dokument 9011/1/18 REV 1.

Landverkehr

**4. Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im
Eisenbahnverkehr**



8721/18
12442/17 + ADD 1

Sachstandsbericht

Der Rat nahm den Sachstandsbericht über die Rechte der Fahrgäste (Dokument 8721/18) zur Kenntnis.

5. Mobilitätspaket I



- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| a) | Richtlinie über elektronische Mautsysteme und Informationsaustausch | 8856/1/18 REV 1
9673/17 + ADD 1 |
| b) | Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von gemieteten Fahrzeugen | 8387/18
9669/17 |

Allgemeine Ausrichtung

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag betreffend elektronische Mautsysteme und Informationsaustausch (Dokument 8856/1/18 REV 1) fest. Deutschland beantragte zu diesem Tagesordnungspunkt die Aufnahme einer Erklärung in das Ratsprotokoll.

Der Rat erzielte keine Einigung über den Vorschlag über die Verwendung von gemieteten Fahrzeugen.

- | | | |
|----|---|--------------------|
| c) | Verordnung über die Zulassung zum Beruf | 9259/18 + ADD 1-4 |
| d) | Verordnung über den Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt | 9668/17
9670/17 |
| e) | Verordnung über Ruhezeiten und Fahrtenschreiber | 9671/17 |
| f) | Richtlinie über die Durchsetzung von Sozialvorschriften und eine Lex Specialis zur Entsendung von Kraftfahrern | |

Sachstandsbericht

Der Rat nahm die Fortschritte, die bei der sozialen Säule und der Marktsäule des ersten Mobilitätspakets erzielt worden sind, zur Vorbereitung der weiteren Beratungen über die noch offenen Fragen zu diesen Vorschlägen des Pakets zur Kenntnis. Sachstandsbericht siehe Dokument 9259/18 + ADD 1-4.

6. Mobilitätspaket II



- | | | |
|----|---|-----------------------------|
| a) | Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr | 7864/18
14213/1/17 REV 1 |
| b) | Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über saubere und energieeffiziente Fahrzeuge | 8916/18
14183/17 + ADD 1 |

Sachstandsbericht

Der Rat nahm den Sachstandsbericht zum Vorschlag zum kombinierten Güterverkehr (Dokument 7864/18) zur Kenntnis. Ferner nahm der Rat den Sachstandsbericht zur Richtlinie über saubere und energieeffiziente Straßenfahrzeuge zur Kenntnis. Sachstandsbericht siehe Dokument 8916/18.

Sonstiges

Der Rat befasste sich mit folgenden Punkten unter "Sonstiges" (7. a)-b)):

7. a) Funktionsweise des Rahmens für fairen Wettbewerb im Luftfahrtsektor in der EU 9176/18 +COR 1
Informationen der griechischen Delegation
- b) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Mobilitätspaket III

Mündliche Informationen der Kommission



9006/18 + ADD 1
9040/18 + ADD 1
9060/1/18 REV 1
+ ADD 1
9075/18
9144/18

Der Rat nahm die mündlichen Informationen der Kommission zur Kenntnis.

Der Rat befasste sich mit folgenden Punkten unter "Sonstiges" (7. c)-g)):

- c) Aktionsplan über militärische Mobilität 7633/18
Informationen der Kommission
- d) Informationen zum Stand der Umsetzung der EU-Strategie für den Radverkehr 9599/18
Informationen der Kommission (auf Antrag der belgischen, der luxemburgischen und der niederländischen Delegation)
- e) Folgemaßnahmen zur Erklärung von Amsterdam: Drittes Treffen des Hochrangigen Dialogs zum automatisierten und vernetzten Fahren (Göteborg, 18./19. Juni 2018) 9459/18
Informationen der schwedischen Delegation
- f) EU-Sommerzeitregelung 9390/18
Informationen der Kommission zum Sachstand (auf Antrag der finnischen Delegation)
- g) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes 9585/1/18 REV 1
Informationen der österreichischen Delegation

8. Annahme der Liste der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 9530/18 + ADD 1

Der Rat nahm die im zur Annahme vorgelegten A-Punkte (Dokument 9530/18 + ADD 1 einschließlich der COR- und REV-Dokumente) an.

TELEKOMMUNIKATION

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

9. Verordnung zum Rechtsakt zur Cybersicherheit



9350/18

Allgemeine Ausrichtung

12183/2/17 REV 2

Der Rat legte zur Verordnung zum Rechtsakt zur Cybersicherheit (Dokument 9350/18) eine allgemeine Ausrichtung fest, die als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) im zweiten Halbjahr 2018 dienen wird. Die Kommission wies darauf hin, dass dringend gehandelt werden müsse, um dieses Dossier mit dem EP bis Ende des Jahres abschließen zu können. Der Rat nahm die in der Anlage wiedergegebene Erklärung Ungarns zu diesem Punkt zur Kenntnis.

10. Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation



9079/18 + COR 1
5358/17

Sachstandsbericht

Orientierungsaussprache

Der Rat nahm den Sachstandsbericht (Dokument 9079/18) zur Kenntnis.

Der Rat führte auf der Grundlage des in Dokument 9079/18 enthaltenen Fragenkatalogs eine Orientierungsaussprache über "Privatsphäre und elektronische Kommunikation".

11. Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors



9090/18
8531/18

Orientierungsaussprache

Der Rat führte auf der Grundlage des in Dokument 9090/18 enthaltenen Fragenkatalogs eine Orientierungsaussprache über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

12. a) **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

i) **Regelungsrahmen**

 9510/18

- a) Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)
- b) Verordnung zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)

Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes über den erfolgreichen Abschluss der Trilogverhandlungen über diese beiden Dossiers zur Kenntnis.

ii) **Verordnung über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union**

 9508/18

Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

Der Rat befasste sich mit folgenden Punkten unter "Sonstiges" (12. b)-c)):

- b) Digitaler Binnenmarkt
Informationen der Kommission zum Sachstand

- c) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes
Informationen der österreichischen Delegation

9358/18

ENERGIE

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

13. Verordnung zur Gründung der ACER

Allgemeine Ausrichtung



9478/18

15149/1/16 REV 1

+ ADD 1 REV 1

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung (Dokument 9478/18) zu dem Text fest.

Sonstiges

14. a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Paket "Saubere Energie"



9287/18

i) Verordnung über das Governance-System der Energieunion

15090/1/16 REV 1

+ ADD 1 REV 1

ii) Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)

15120/1/16 REV 1

15091/16

iii) Richtlinie zur Energieeffizienz

+ ADD 1

Informationen des Vorsitzes zum Sachstand

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über den Stand der Trilogverhandlungen über diese drei Gesetzgebungsdossiers. Die Kommission und alle Delegationen äußerten sich dazu.

Der Rat befasste sich mit folgenden Punkten unter "Sonstiges" (14. b)-c)):

b) Jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen im Energiebereich

8557/18

Informationen der Kommission

c) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

7683/18

Informationen der österreichischen Delegation



erste Lesung



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL**Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 9401/18****Zu B-Punkt 5****Mobilitätspaket I****a) Richtlinie über elektronische Mautsysteme und Informationsaustausch***Allgemeine Ausrichtung***ERKLÄRUNG DEUTSCHLANDS**

"Deutschland kann der Allgemeinen Ausrichtung zur Richtlinie über elektronische Mautsysteme und Informationsaustausch nicht zustimmen und enthält sich daher.

Deutschland geht davon aus, dass die in Artikel 4c Absatz 3 genannten Möglichkeiten zur Differenzierung der Vergütung von nationalen Mautsystembetreibern und EETS-Anbietern die Berücksichtigung der besonderen Stellung und Aufgaben des nationalen Mautsystembetreibers ermöglichen. Die Richtlinie darf nicht zu einer Verteuerung nationaler Mautsysteme und zu einem Eingriff in das wettbewerbliche Verfahren zur Auswahl nationaler Mautbetreiber führen."

Zu B-Punkt 9**Verordnung zum Rechtsakt zur Cybersicherheit***Allgemeine Ausrichtung***ERKLÄRUNG UNGARNS**

"Ungarn ist der Auffassung, dass die Cybersicherheit zu den zentralen Aspekten gehört, die der Europäischen Union eine sichere Zukunft garantieren können. Aus diesem Grund haben wir die geplante Regulierung in diesem Bereich begrüßt, denn die Verstärkung der Cybersicherheit von IKT-Produkten und -Diensten ist unabdingbar und als Ziel uneingeschränkt gerechtfertigt. Da sich die potenzielle Wirkung der Gefahren nur schwer einschätzen lässt, bedarf es angemessener und detaillierter Schutzmaßnahmen. Ungarn hat im Verlauf der Verhandlungen immer wieder die Besorgnis geäußert, dass sich die ENISA und der Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung für die Union und ihre Mitgliedstaaten als Gefahrenquellen erweisen könnten.

Das Mandat der ENISA endet zwar, und der Vorschlag hat sich im Rahmen der fachlichen Beratungen in die richtige Richtung entwickelt, aber Ungarn ist der Auffassung, dass grundlegende Schutzmaßnahmen – auch aus wissenschaftlicher Sicht – und Haftungsverpflichtungen fehlen, die die Voraussetzung für das angestrebte Sicherheitsniveau wären.

Wir betrachten die gegenseitige Anerkennung als nützliches Instrument, aber da Kernkomponenten bei der überwiegenden Mehrzahl der im Hoheitsgebiet der EU verkauften IKT-Produkte und -Dienste von Dritten stammen und unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit quasi als "Blackbox" zu betrachten sind, sollten die Zertifizierungsanforderungen die angemessene Detailstufe aufweisen, und für die Mitgliedstaaten sollten mit der Möglichkeit, die Gültigkeit einer Zertifizierung in begründeten Fällen anzufechten, wirksame Schutzinstrumente vorgesehen werden.

Da das Zertifizierungssystem auf Vertrauen beruhen wird, muss im Fall des vorsätzlichen unbefugten Zugriffs auf zertifizierte IKT-Produkte und -Dienste aus unserer Sicht die Haftung greifen.

Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass es verfrüht ist, sich auf eine allgemeine Ausrichtung zu einigen, da es weiterer Untersuchungen und Arbeit bedarf, um ein angemessenes Sicherheitsniveau sicherzustellen."